

INHALT

Vorwort 7

- I Die Idee von der unberührten Wildnis –
»Wir müssen draußen bleiben« 15
Kahuzi-Biéga: Der deutsche Park in Afrika 15
Rückblick: Kolonien in Afrika – menschenleere
zoologische Gärten? 32
Grzimeks Erbe: Das verklärte Afrikabild
der Deutschen 38

- II Das Finanzierungsdilemma –
Zwischen Nachhaltigkeit und
Kommodifizierung 47
Hintergrund: Was kostet Naturschutz? 47
Privatisierung der Parks: »Ein Geschäftsmodell
für den Naturschutz« 55
Deutsch-kongolesische Partnerschaft:
Zur Rettung des Planeten 62

- III Aufrüstung im Nationalpark –
Panzerfäuste im Dschungel 79
Virunga: Ein Marshall-Plan für den Ostkongo 79
Der Krieg gegen die Wilderei: Wie aus Wilderern
Terroristen wurden 100
Naturschutz 2.0: Hochtechnologie in der Wildnis 115

IV	Zäune und Territorien –	
	»Leben am Rande der Welt«	121
	Queen-Elizabeth-Nationalpark: Der Elefant auf dem Kürbisacker	121
	Festungsschutz: Die unabhängige Republik Virunga	133
	Vitshumbi: Tiere besser geschützt als Menschen	139
V	Die Verantwortung der Geber –	
	Einzelfall oder System?	155
	Salonga: Die Vorwürfe gegen den WWF	155
	Virunga: Der Fall des Gorillaretters	173
	Kahuzi-Biéga: »Sonst werden sie mit Gewalt entfernt«	184
	Fazit: Afrikanische Ansätze –	
	»Das Haus, in dem wir leben«	207

Anhang

Abkürzungen	217
Anmerkungen	221
Weiterführende Literatur	251
Dank	254

30x30 – so lautet die Formel, mit der die Welt gerettet werden soll. Bis zum Jahr 2030 sollen 30 Prozent der Erdoberfläche unter Naturschutz gestellt werden. Darauf einigte sich die Weltgemeinschaft auf der internationalen Biodiversitätskonferenz im kanadischen Montréal im Dezember 2022. Ein ehrgeiziger Plan zur Rettung des Planeten.

In der Praxis bedeutet dies, dass in den nächsten Jahren bestehende Naturschutzgebiete zügig ausgebaut und neue gegründet werden müssen. Betroffen sind davon nicht die Nationalparks im Schwarzwald oder der Sächsischen Schweiz, also in den Regionen, deren Gesellschaften maßgeblich für den Klimawandel und das Artensterben verantwortlich sind. Im Gegenteil, der Fokus liegt auf denjenigen Schutzgebieten in den tropischen Regenwäldern, wo es die meiste Artenvielfalt zu schützen gibt: dem Amazonasgebiet in Südamerika, dem Kongobecken in Afrika, den Wäldern und Küsten Indonesiens, also im Globalen Süden. Im dortigen Regenwald soll nun bewahrt werden, was die entwickelten Industriegesellschaften andernorts durch ihren Überkonsum zerstört haben. Die westlichen Länder, allen voran Deutschland, sind bereit, das zu bezahlen. Denn, so die Bundesregierung: »Der Erhalt der Wälder des Kongobeckens als globales Gut liegt im Interesse der gesamten Weltbevölkerung.«¹

Während die 15 000 Konferenzteilnehmer aus fast 200 Staaten in Montréal das »historische Abkommen« feierten, regte sich überall in den Regenwäldern des Globalen Südens Widerstand.

Denn dieser 30x30-Plan ist nicht unumstritten. Seit die Idee im Jahr 2019 zum ersten Mal von Wissenschaftlern und Aktivisten aufgebracht wurde, wehren sich Menschenrechtsorganisationen in den betroffenen Regionen dagegen. Sie bezeichnen dieses Vorhaben als »den größten Landraub der Geschichte«.²

Bis zu 300 Millionen Männer, Frauen und Kinder wären von diesem 30x30-Deal betroffen, viele von ihnen Angehörige indigener Völker, warnt eine Online-Petition, die zahlreiche Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten aus Afrika und Asien im Vorfeld des Artenschutzgipfels unterzeichnet haben.³ Denn der Ausbau der Schutzgebiete bedeutet für die lokale Bevölkerung meist Vertreibung von ihrem Land. Naturschutzkonzepte, wie sie bisher diskutiert wurden, folgen vor allem einer Idee: die Menschen aus der zu schützenden Wildnis zu verbannen.

»Dieser zukünftige Landraub muss gestoppt werden«, forderte Ladislas Désiré Ndembet, Ökologe von der Umweltorganisation Synaparcam aus Kamerun am Rande des Gipfels: »30 Prozent des Territoriums, das unter Naturschutz gestellt werden soll, ist viel zu viel für arme oder sich entwickelnde Länder wie in Afrika«, erklärte er. »Dieses Projekt wird die schlechte Regierung, unter der wir bereits leiden, noch verstärken; es wird die Korruption erhöhen und die Armut vergrößern.«⁴

In Deutschland herrscht wiederum die Meinung vor, dass man mit Naturschutz nichts falsch machen kann. Im BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), welches die deutschen Naturschutzanstrengungen im Ausland umsetzt, ist man der Ansicht, dass Naturschutz eine positive Entwicklung für die Menschen automatisch im Schlepptau hat. Deswegen werden die Gelder, die nun im großen Stil für den Artenschutz bereitgestellt werden, aus dem Budget der Entwicklungszusammenarbeit beglichen.

Die Bundesregierung ist ein gewaltiges Kraftzentrum. Sie ist mittlerweile größter Geber für Natur- und Artenschutzprojekte weltweit und finanziert bereits jetzt Schutzgebiete von der sechs-

fachen Fläche der Bundesrepublik. Die Ampelregierung will in Zukunft jährlich bis zu 800 Millionen Euro für Artenschutz bereitstellen, wie sie in ihrem Haushaltsplan angekündigt hat. Dies wird innenpolitisch als Erfolg gewertet, noch bevor das Geld ausgegeben ist.

Während der zweiwöchigen Verhandlungen in Montréal haben sich die teilnehmenden Staaten auf eine Finanzierung von insgesamt 200 Milliarden Dollar jährlich für Artenschutzvorhaben geeinigt. Darunter fallen Transferzahlungen der reicheren Staaten an die Länder des Globalen Südens, private Investitionen sowie Gelder, die auf den Kapitalmärkten als Rendite großer Fonds eingespielt werden.

An vorderster Front im Kampf gegen den Klimawandel und das Artensterben stehen in Zukunft Staaten wie die Demokratische Republik Kongo. Das Kongobecken ist das zweitgrößte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde nach dem Amazonas. Ein Großteil dieses Urwaldes liegt in der Demokratischen Republik Kongo, ein Land so groß wie Westeuropa. Es wird damit zum Schwergewicht in den Verhandlungen. Kongos Regierung hat weitreichende Zusagen gemacht, die Quadratmeterzahl der Naturschutzgebiete des Landes in den nächsten Jahren zu verdoppeln. Dies entspräche der Fläche Deutschlands, die dann im Kongo unter Schutz stünde – ein entscheidender Beitrag, das 30x30-Ziel zu erreichen.

Dies setzt Kongos Regierung nun gezielt ein und verlangt dafür Geld in großem Umfang. Fast hätte Kongos Verhandlungsführerin Ève Bazaiba in Montréal den Deal platzen lassen. Der Grund: »Wir können diese Anstrengungen nicht ohne mehr Finanzmittel akzeptieren.« Rückenwind bekam sie dafür von anderen afrikanischen Ländern. Kongos Naturschutzsektor wird schon von jeher fast vollständig aus dem Ausland bezuschusst. Hauptgeldgeber war bislang Deutschland. Seit über 30 Jahren finanziert die Bundesrepublik mit Geldern aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Kongos Naturschutzbehörde. Dass die Gorillas die zahlreichen

Kriege im Herzen Afrikas überlebt haben, das schreiben sich die Deutschen auf die Fahnen.

Doch den ärmsten Gemeinden der Welt einen Teil ihres fruchtbaren Ackerlandes wegzunehmen und es unter Naturschutz zu stellen, führt unweigerlich zu Konflikten. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung rund um die Parks rasant. Die von Jahrzehnten des Krieges gebeutelten Kongolesen haben immer weniger Ackerland für immer mehr hungrige Mägen zur Verfügung.

Sie zahlen nun den Preis, denn in den Augen westlicher Naturschutzorganisationen gelten diese Menschen als Bedrohung. Der Grund: Seit Jahrzehnten gibt es enorme Probleme mit Wilderei auf dem Kontinent. Angeblich finanzieren sich afrikanische Terrormilizen durch den Handel mit Elfenbein. Tierschützer hatten vor zehn Jahren schon Alarm geschlagen, dass bald kein Elefant mehr auf dem Kontinent übrig sei, wenn nicht eine radikale Trendwende einsetzt. In Washington wurde daraufhin 2012 der Krieg gegen die Wilderei ausgerufen. Im Zuge des internationalen Kampfs gegen den Terror wurden die Wilderer zu Terroristen erklärt. Die Folge war, dass Afrikas Nationalparks hochgerüstet wurden und sich somit ein radikaler Paradigmenwechsel vollzog.

Kongo ging da mit bestem Beispiel voran: Die Wildhüter wurden von westlichen und israelischen Militärs im Kampf gegen Terroristen fit gemacht und mit Drohnen und satellitengestützter Überwachungstechnologie ausgestattet. In einigen Ländern sind die Parkwächter mittlerweile besser trainiert als die Soldaten der staatlichen Militärverbände. Sie werden zu neuen Macht- und Gewaltakteuren, die mitunter auch Menschenrechtsverbrechen begehen. Unterstützt werden sie von der westlichen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Deutschlands führende Rüstungsschmiede Rheinmetall entwarf dafür neue Konzepte, mit denen sie Afrikas Naturschutzbehörden und deren Parks als Kunden gewinnen will.

Gleichzeitig werden meterhohe, überwachte Zaunanlagen am Rande des Regenwalds über den Äckern der örtlichen Bauern er-

richtet, um die Tiere drinnen und die Menschen draußen zu halten. Der Virunga-Nationalpark im Ostkongo wurde mit europäischen Entwicklungsgeldern zur Festung ausgebaut. Geholfen hat dies alles wenig. Im Frühjahr 2022 überrannten erneut Rebellen den Park, die Parkverwaltung und die Wildhüter mussten fliehen. Dabei hatten die Sicherheitsmaßnahmen zuvor einen Großteil des von der EU bereitgestellten Budgets verschlungen, das eigentlich die lokale Bevölkerung am Rande des Parks unterstützen sollte.

Leidtragende sind neben den örtlichen Bauern, deren Äcker nun zum Schutzgebiet ausgebaut werden, die Indigenen wie die Batwa, deren ursprünglicher Lebensraum mit den darin liegenden Kultstätten für sie zur verbotenen Zone wird. In dem von Deutschland finanzierten Kahuzi-Biéga-Nationalpark unternahm Parkwächter gezielt Terroroperationen gegen die Batwa, um sie endgültig aus dem Wald zu vertreiben. Sie brannten deren Dörfer nieder. Kinder starben in den Flammen, Frauen wurden vergewaltigt – von genau jenen Wildhütern, deren Gehälter mit deutschen Steuergeldern aufgestockt werden.

Die Bundesregierung bezeichnete diese Übergriffe zunächst als »tragische Einzelfälle« und wies jede Verantwortung weit von sich. Nach intensiven Recherchen, unter anderem von der *tageszeitung*, wurde die Finanzierung letztlich eingefroren, weil internationale Menschenrechtsstandards schlichtweg nicht eingehalten wurden. Das passiert, wenn man die Rettung des Planeten Staaten wie dem Kongo überlässt.

Riskante Recherche

Dieses Buch ist das Ergebnis jahrelanger, zum Teil lebensgefährlicher Recherchen rund um die Nationalparks in Uganda und der Demokratischen Republik Kongo sowie zahlreicher Gespräche und Interviews mit Akteuren im Natur- und Artenschutz weltweit, auch in Deutschland. Als in den Jahren 2017 und 2018 die ersten brutalen Übergriffe durch Wildhüter publik wurden, klangen

diese Meldungen zunächst tatsächlich wie Einzelfälle. Gleichzeitig meldeten afrikanische Naturschutzbehörden und internationale NGOs immer mehr Erfolge in ihrem »Krieg gegen die Wilderei«, wie sie es nennen. Die Zahl der getöteten Elefanten auf dem Kontinent sank rapide, die Bestände gefährdeter Tiere, auch der Gorillas, erholten sich. In diesem Zusammenhang ließen sich die Übergriffe der Wildhüter gegen lokale Gemeinden als Kollateralschäden betrachten. Aber sie häuften sich. Und damit stellte sich die Frage, ob diese Vorfälle Folgen des militärischen Trainings der Wildhüter waren, die von westlichen Partnern und Naturschutzorganisationen durchgeführt und finanziert wurden. Handelte es sich vielleicht um ein strukturelles Problem?

Ausgestattet mit Stipendien des *Netzwerks Recherche* gemeinsam mit der gemeinnützigen *Olin gGmbH* und dem Kartografen-Stipendium vom Verein *Fleiß und Mut e.V.* sowie mit Reisekostenzuschüssen vom Auslandsrecherchefonds der *tageszeitung* bin ich von Januar 2019 bis März 2020 zum Teil wochenlang rund um die jeweiligen Parks von Dorf zu Dorf gefahren und marschiert, habe zahlreichen Gemeindevorstehern Formulare und Stifte ausgehändigt, um die Übergriffe der Wildhüter gegenüber der Bevölkerung zu protokollieren. Ich stand monatelang in Telefonkontakt mit den Dorfchefs und bin immer wieder vor Ort gewesen, um letztlich die Opfer aufzusuchen und deren Aussagen auch per Video zu dokumentieren.

Im Anschluss habe ich die jeweiligen Parkverwaltungen mit den Vorfällen konfrontiert und versucht, deren Aussagen mit aufzunehmen, ebenso die der Wildhüter. Dadurch wurde aus dramatischen Einzelfällen eine Serie, die im Gesamtzusammenhang eine erschreckende Systematik besitzt. Ein ugandischer Dorfvorsteher fragte sogar, ob die westlichen Militärtrainer den Wildhütern das Töten beigebracht hätten. Auch die Sponsoren dieser Parks, darunter die Bundesregierung sowie die Europäische Union (EU), aber auch private Stiftungen und NGOs habe ich mit den Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Sie zeigen sich zwar ent-

rüstet und bedauern die Vorfälle zutiefst. Eine Verantwortung als Geber, selbst eine indirekte, weisen sie jedoch weit von sich.

Dieses Buch ist eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Konfliktlage rund um die Nationalparks. Sie stellt die Basis dar für eine Debatte über die Frage, wie wir Natur- und Artenschutz in der Zukunft gestalten wollen.

Der erste Teil beschreibt die Hintergründe und Entstehung der menschenleeren Nationalparks in Afrika von der Kolonialzeit bis heute, auch den deutschen Beitrag dazu und dessen Folgen.

Im zweiten Teil wird die Finanzierungsproblematik dieser Schutzgebiete nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten skizziert. Dabei zeigt sich: Das finanzielle Engagement der westlichen Länder ist nicht neu im Inhalt, aber neu im Umfang. Die Bundesrepublik ist führend, milliardenschwere Fonds zur nachhaltigen Finanzierung von Schutzgebieten an den Kapitalmärkten aufzusetzen. Im Rahmen des Kartografen-Stipendiums hat die *tageszeitung* versucht, auf ihrem Schwerpunkt *Die Grüne Armee* einen Gesamtüberblick über alle deutschen Gelder der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich Natur- und Artenschutz für Afrika herzustellen (Stand: März 2020) und den Geldflüssen zu folgen. Doch, wie dieses Buch zeigt, sind die Wege dieser Transferzahlungen mitunter kaum nachvollziehbar.

Der dritte Teil geht auf die Militarisierung der Naturschutzbehörden ein und erklärt, wie es zum sogenannten Krieg gegen die Wilderei kam, der 2012 in Washington ausgerufen wurde. US-amerikanische und britische Militärs reisten nach Afrika, um die Wildhüter gegen Terroristen fit zu machen. Israelische Söldnerfirmen wurden von Naturschutzorganisationen angeheuert, in den Nationalparks aktiv gegen Milizen vorzugehen. Anhand der Beispiele des Kahuzi-Biéga- sowie des Virunga-Nationalparks im krisengeplagten Ostkongo und dem angrenzenden Queen-Elizabeth-Nationalpark in Uganda werden die Folgen dieser militärischen Herangehensweise aufgezeigt und wird der Frage nachgegangen, was dies für die tägliche Arbeit der Ranger bedeutet.

Der vierte Teil zeigt aus der Sicht der lokalen Bevölkerung rund um die Parks, welche gravierenden Konsequenzen diese Militarisierung der Wildhüter für die umliegenden Gemeinden hat, wenn plötzlich überwachte Zaunanlagen auf ihren Äckern errichtet sowie Fischer, Bauern und Bäuerinnen von bewaffneten Wildhütern festgenommen werden, weil sie angeblich in den Park eingedrungen seien. Einige Menschen werden, wie dieses Buch zeigt, sogar angeschossen oder getötet. Indigene Gemeinden wie die der Batwa werden systematisch zu Opfern militärischer Operationen zur gezielten Vertreibung aus den Parks, weil den Rangern beigebracht wurde, in ihnen Feinde zu sehen.

Im fünften und damit letzten Teil wird der Frage nachgegangen, wie die EU und die Bundesregierung und ihre Behörden mit diesen Vorfällen in Afrika umgehen und welche Verantwortung sie tragen. Denn ein Großteil der Gehälter für diese Wildhüter stammt aus deutschen und europäischen Steuergeldern. Die Bundesregierung finanzierte sogar eine Untersuchungskommission, die in den Dschungel reiste und dort die Batwa-Vorsteher einschüchterte – ein absoluter Skandal.

Ein kongolesischer Menschenrechtsanwalt fasste die Lage im Interview für dieses Buch so zusammen: »Wir sehen immer mehr, dass die Ranger die Menschen wie Tiere behandeln – und die Tiere im Kongo besser geschützt sind als wir Menschen.«